

**TAGESBERICHT ÜBER DIE BESPRECHUNG ZWISCHEN DEM  
PREUSSISCHEN MINISTERPRÄSIDENTEN, GENERALOBERST GÖRING,  
DEM UNGARISCHEN MINISTERPRÄSIDENTEN DARÁNYI UND DEM  
AUSSENMINISTER KÁNYA  
(CARINHALL, DEN 22. NOVEMBER 1937)**

Göring empfing uns ziemlich aufgeregt damit, daß nach Berichten aus guter Quelle, zwischen der österreichischen und der ungarischen Regierung eine Abmachung zustande gekommen sei, nach der Ungarn, im Falle eines deutsch-österreichischen bewaffneten Konfliktes, Österreich gegen die Deutschen unterstützen würde. Von Österreich stellte er ziemlich gereizt fest, daß Schuschnigg in keiner Weise bereit sei, das Abkommen vom 11. Juli einzuhalten, er ließe die deutschen nationalen Kräfte nicht zur Geltung kommen, so daß er (Göring) Schmidts Einladung zu einer Jagd in Hinterzissen nicht annehmen werde, wenn er nicht vorher Garantien dafür bekäme, daß er von seiner Österreichreise mit gewissen Erfolgen in der Frage der österreichischen Nazis nach Hause kommen könne. Laut Göring behauptete Schuschnigg vergebens, daß er, soweit seinem Lande die Unabhängigkeit gesichert werde, bereit sei, mit Deutschland in jeder Hinsicht zusammenzuarbeiten. Die Wahrheit sei, daß Schuschnigg die Deutschen hasse, was aus einem vor kurzem von besagtem an den Heiligen Stuhl gerichteten Brief hervorgehe, in dem unter anderem zu lesen sei, daß Österreich zwar Berlin gegenüber Freundschaft heuchle, eine wahre Freundschaft aber zwischen Österreich und dem heidnischen Dritten Reich niemals zustande kommen könne. Der preußische Ministerpräsident hob weiter hervor, daß Wien nach seiner Meinung und Information enge Verbindung mit Prag aufrechterhalte, dem es durch den gemeinsamen Haß gegen Deutschland verbunden sei. Seinen Informationen nach bestünde zwischen Prag und Wien ein militärisches Abkommen, das im Falle eines deutschen Angriffs die Zusammenarbeit der beiden Länder sichere.

Nach Görings Ansicht werde England in der Frage des Anschlusses Österreichs an Deutschland kein größeres Interesse zeigen. Dasselbe könnte man nicht mit gleicher Bestimmtheit von Frankreich sagen, es sei aber wahrscheinlich, daß Frankreich Österreich auch nur dann zu Hilfe eilen würde, wenn es die allgemeine europäische Lage gestatte. *La France s'inspirera des circonstances.*

Darányis und mein Bestreben, Göring in bezug auf die angeblichen Intrigen der Österreicher zu beruhigen, hatte keinen Erfolg. Einen guten Eindruck machte auf ihn aber unsere entschiedene Erklärung, daß wir mit den Österreichern nicht nur kein gegen Deutschland gerichtetes Abkommen geschlossen, sondern auch niemals von österreichischer Seite einen solchen Vorschlag bekommen hätten. Wir erklärten, daß wir zu Österreich ein sehr gutes Verhältnis hätten, aber keinerlei gegenseitige Verpflichtungen, und daß unser gutes Verhältnis auf militärischem Gebiet vor allem darin zum Ausdruck käme, daß wir die Einrichtung des Offiziersaustausches eingeführt hätten und daß wir bestrebt seien, einander in bezug auf Kriegsmaterial zu unterstützen.

Göring trug vor, nach seinen Informationen sei es Schuschniggs Plan, eine engere Verbindung zwischen Budapest und Prag herzustellen, und zwar auf legitimistischer Grundlage. Otto würde in Österreich als Kaiser, in der Tschechei und Ungarn als König regieren. Wir erklärten ihm nachdrücklich, daß wir von ähnlichen Plänen nichts gehört hätten und diese für vollkommen grundlos hielten, um so mehr, als wir sichere Kenntnis

davon hätten, daß sich Schuschnigg jeder Deutschland eventuell verletzenden Aktion enthalten wolle und die Restauration überhaupt nicht für aktuell halte. Unser Bestreben, Göring zu beruhigen, mißglückte aber völlig. Göring berief sich ständig auf das Schicksal der in den österreichischen Gefängnissen schmachtenden Nazis und betonte, solange dieser Zustand bestehe, könnte sich zwischen Wien und Berlin kein freundschaftliches Verhältnis entwickeln. Seit Deutschland wieder eine Weltmacht geworden, sei seine Anziehungskraft auf die Deutschen im Ausland, und natürlich auch auf die Österreicher, stark gewachsen, weshalb er als natürliche Weiterentwicklung Österreichs Vereinigung mit dem Mutterland für unumgänglich halte.

Zu einer längeren Diskussion gab die serbische Frage Anlaß. Göring betonte diesmal, wie schon in der Vergangenheit, daß er auf die Freundschaft Jugoslawiens als dem größten Militärstaat des Balkans, sehr großen Wert lege und daß er Stojadinović und dem Prinzen Paul vollkommen vertraue. Vor einigen Jahren hätte er vom Führer den Auftrag bekommen, zu versuchen, das damals sehr schlechte deutsch-jugoslawische Verhältnis zu verbessern, was seiner Meinung nach auch vollkommen gelungen sei. Er sei davon überzeugt, daß Stojadinović' Jugoslawien niemals an einer deutschfeindlichen Kombination teilnehmen werde, sofern keine Weltkoalition gegen Deutschland entstände. Davon aber, dem Himmel sei Dank, wären wir sehr weit entfernt. Der Führer habe immer verkündet, daß Ungarn seine jetzige Generation zu befriedigen vermöchte, wenn es in einer Richtung (in Richtung Tschechoslowakei) als Angreifer aufträte und so die ihr angeschlossenen ungarischen Gebiete wiedergewinnen könnte. Daher sei es notwendig, daß wir uns möglichst endgültig mit Jugoslawien aussöhnten, mit Rumänien aber einen Modus vivendi fänden. Die Jugoslawen würden den ungarischen Versprechungen nicht trauen und wären nur bereit, sich mit Ungarn auszusöhnen, wenn letzteres unter der Garantie von Deutschland und Italien „auf ewig“ der Rückgewinnung der Jugoslawien angeschlossenen ungarischen Gebiete entsagen würde. Man könnte es Jugoslawien nicht verargen, wenn es nicht glauben wolle, daß Ungarn bereit sei, auf die von ihm abgetrennten Gebiete endgültig zu verzichten. Schriftliche Verpflichtungen könne Stojadinović schon deshalb nicht annehmen, weil ihr Bekanntwerden die Belgrader Regierung in eine unmögliche Situation brächte.

Ich gab meinem Bedauern Ausdruck, daß ich Görings in die Serben gesetztes Vertrauen von meiner Seite nicht für angebracht halten könne. Dem jugoslawischen Gesandten in Budapest [Alexander Vukcević] gegenüber könnte ich mich nicht vertraulich zeigen, weil er jede vertrauliche Mitteilung sofort den Gesandten Frankreichs und der Kleinen Entente weitergebe. Ich hätte genaue Kenntnis davon, daß der erwähnte Gesandte die Instruktion habe, keine Haltung zu zeigen, aus der man folgern könnte, die Regierung lege auf eine ungarisch-jugoslawische Freundschaft besonders großes Gewicht. Wir hätten Stojadinović im Sommer ein vom serbischen Standpunkt aus sehr günstiges Angebot gemacht, das zwar nicht die Anerkennung der gegenwärtigen Grenzen enthalte, aber jeden Angriff von Seiten Ungarns ausgeschlossen hätte. Der jugoslawische Ministerpräsident hätte diesen Plan anfangs mit großer Begeisterung aufgenommen, um nach ein-zwei Wochen seine Zustimmung zu diesem Plan zurückzuziehen. Auf Einwirken Frankreichs und seiner Verbündeten der Kleinen Entente erklärte er, daß seine mit Bulgarien und Italien abgeschlossenen Abkommen und die Betonung der deutschen Freundschaft sein Kabinett schon derart diskreditiert hätten, daß er seine politische Rechnung nicht noch mit einem mit Ungarn abzuschließenden zweiseitigen Übereinkommen belasten könne. Trotz dieser durchaus nicht als freundlich zu bezeichnenden Haltung hätte ich die Möglichkeit einer ungarisch-serbischen Annäherung dadurch offengehalten, daß ich über unseren Belgrader Gesandten [Waldemár Alth] eine Erklärung abgegeben hätte, nach der die Zeit für eine

ungarisch-serbische Annäherung anscheinend noch nicht reif sei, wenn aber Stojadinović später auf diese Frage zurückkommen wolle, stünden wir zu Verfügung. Zur Unterbreitung neuer Vorschläge sei ich fernerhin nicht bereit, aber eine von Belgrad ausgehende Initiative würde ich gern zum Gegenstand ernster Erörterungen machen. Es sei meine Überzeugung, daß wir auf dem Wege direkter ungarisch-jugoslawischer Besprechungen zu keiner Übereinkunft kämen, denn Stojadinović benutze jede Gelegenheit, zu äußern, daß er ohne vorherige Zustimmung seiner Verbündeten der Kleinen Entente keine Art von Vereinbarung schließen werde. So habe sich Stojadinović zuletzt auch bei den Verhandlungen von Sinaia Ende August geäußert. Deshalb sei ich bereit, eine etwaige Vermittlung Görings anzunehmen, vorausgesetzt, daß dabei nicht von einer einseitigen Verpflichtungsübernahme die Rede wäre, sondern daß wir von Belgrad für die endgültige Anerkennung der Trianoner Grenze Garantien dafür bekämen, daß es sich im Falle eines Konfliktes zwischen Ungarn und irgendeinem seiner Nachbarn vollkommen desinteressiert zeigen werde. Göring nahm diese Erklärung mit großer Freude auf und sagte, daß er nicht offiziell, aber als Privatmann diese Frage mit der Belgrader Regierung oder mit dem hiesigen Gesandten zur Sprache bringen werde.

Rumänien gegenüber würde nach Görings Ansicht ein Modus vivendi genügen, auf meine Frage aber, wie er sich das vorstelle, bekam ich keine Antwort. Er wiederholte nur immerfort: „Ungarn kann durch geschickte Politik, ohne die heutigen Grenzen als definitiv anzuerkennen, Rumänien von einer Unterstützung der Tschechoslowakei im Falle eines Konfliktes abhalten.“ Als ich meine diesbezüglichen Zweifel äußerte und meine Ansicht darüber zum Ausdruck brachte, daß ich den Rumänen, wenn ich sie vom Angriff der Tschechoslowakei fernhalten wollte, die gleichen Zugeständnisse machen müßte, wie den Jugoslawen, konnte Göring nichts anderes sagen, als die obige Erklärung wiederholen.

Über die Tschechoslowakei äußerte sich, wie jeder deutsche Staatsmann, so selbstredend auch Göring am abfälligsten, ihre Aufteilung bezeichnete er als unbedingt notwendig, fügte aber hinzu, daß es nur im Rahmen eines größeren Krieges möglich sei, einen Krieg gegen die Tschechoslowakei zu beginnen.

Auch die Frage der deutschen Minderheiten in Ungarn kam zur Sprache, wozu Göring erklärte: „Es ist eine hirnverbrannte Idee zu glauben, daß sich Hitler auch mit der Einverleibung Ungarns beschäftigt“. Die ungarländischen deutschen Minderheiten seien aus eigenem Ermessen dorthin gegangen, sie lebten nicht in einem großen Block, sondern zerstreut und deshalb sei Deutschlands Bestreben nur darauf gerichtet, daß die kulturellen Forderungen dieser Minderheiten befriedigt würden. Gemeinsam mit Darányi legten wir ihm dar, daß die deutsche Presse und die verschiedenen Organe der Partei durch das Bestreben, die Lage der deutschen Minderheiten in Rumänien und Jugoslawien viel günstiger erscheinen zu lassen als in Ungarn, bei uns den Eindruck erweckt hätten, die deutsche Regierung zeige für diese beiden Länder mehr Interesse als für Ungarn. Diese Ansicht sei bestärkt worden durch die von deutscher Seite mehrmals gemachten Äußerungen, das Reich werde die territorialen Forderungen Ungarns gegenüber Rumänien und Jugoslawien unter keinen Umständen unterstützen. Wir sagten Göring aufrichtig, daß wir dabei an Hitlers mehrmalige Erklärungen hierzu dächten, die besonders in Rumänien den Eindruck erweckt hätten, als sei das deutsch-ungarische Verhältnis nicht so innig, wie es scheine, und die Rumänen keinen Grund hätten, die Freundschaft Ungarns zu suchen, da sie ohnedies unter allen Umständen auf die Unterstützung Deutschlands zählen könnten. In diesem Zusammenhang kam auch Rosenbergs bekannter Artikel vom vorigen November zur Sprache, dessen Hauptziel nach Göring gewesen sei, die rechtsradikalen rumänischen Parteien zu gewinnen. Rosenberg lebe

nämlich in der Illusion, daß diese Partei in Kürze zur Macht kommen werde und außerdem habe er noch einmal versucht, hohe Außenpolitik zu machen. Er habe sein Ziel nicht erreicht, die extrem nationalistischen Parteien seien in Rumänien noch immer in der Minderheit und es bestehe auch keine Aussicht, daß in nächster Zukunft in dieser Lage eine Änderung eintreten werde.

Was Hitlers oben erwähnte Erklärungen betrifft, so sagte Göring dazu, daß sie nicht in der Form abgegeben worden seien, wie es die Rumänen hinstellten. Der Kanzler habe lediglich gesagt, daß die rumänische Auffassung, er hetze die Ungarn gegen Rumänien auf, überhaupt nicht der Wirklichkeit entspreche und daß er Ungarns aggressives Auftreten gegen Rumänien jetzt nicht billige. Das bedeute überhaupt nicht, daß Hitler die territorialen Revisionsbestrebungen Ungarns gegenüber Rumänien mißbillige, er sei aber der Überzeugung, die Erreichung dieses Zieles müsse auf einen späteren Zeitpunkt verschoben werden. Mit Jugoslawien aber müsse nach Hitlers Meinung, auch um den Preis großer Opfer, das volle Einvernehmen hergestellt werden.

Göring legte schließlich noch ausführlich dar, daß sich vom Frühjahr nächsten Jahres ab, wenn die Ausbeutung der bisher noch nicht genutzten Eisenerzvorkommen beginnen werde, die Rohstofflage Deutschlands bedeutend verbessern werde. Angeblich würden sie dann monatlich 200 000 t Eisenerz fördern. Den Benzinbedarf des Reiches würde das synthetische Öl auf ungefähr ein Jahr vollkommen decken. Im Augenblick kämpfe die Kriegsindustrie wegen der auf dem gegenwärtigen Gebiet des Reiches liegenden geringen Eisenerzvorkommen mit gewissen Schwierigkeiten. Gerade deshalb sei es gezwungen gewesen, die Flugzeuglieferungen nach Griechenland und Rumänien einzustellen. Ich machte ihn darauf aufmerksam, daß die Lieferung nicht nur nach den beiden erwähnten Staaten, sondern auch nach Ungarn eingestellt worden sei und daß wir von den bis zum Jahresende fälligen 120 Flugzeugen nur fünf bekommen hätten. Göring stellte eine Beschleunigung der Lieferungen in Aussicht.

gez. Kánya

## **ABSCHLUSS DES GÖRING-TAGESBERICHTES**

Über die Verhandlungen mit der Kleinen Entente im vergangenen Sommer berichteten wir Göring auch eingehend (s. Beilage A). Als ich hervorhob, „das Endziel unserer Politik muß natürlich immer vor Augen gehalten werden“, erkannte Göring nachdrücklich die Richtigkeit dieser Auffassung an. Sehr angenehm war der preußische Ministerpräsident davon berührt, daß ich bereits im Mai 1935 in Venedig jeden Assistance-Mutuelle-Vertrag abgelehnt und im März dieses Jahres Stojadinović einen Vorschlag zur Förderung der ungarisch-jugoslawischen Annäherung gemacht habe. Er gestand ein, von all dem bisher keine Kenntnis gehabt zu haben.

Die Ausführungen zu Deutschlands Haltung in der Frage der deutschen Minderheit in Ungarn enthält Beilage B. Göring versprach, er werde gegen jeden deutschen Staatsbürger, der bei uns gegen Ungarn agitiere und dessen Namen wir ihm mitteilen, streng vorgehen und dafür sorgen, daß in den Fachzeitschriften der deutschen Minderheit und in Baldur von Schirachs Blatt „Macht und Wille“ keine ungarnefeindlichen Angriffe mehr erscheinen.

### **A) Beilage zum Göring-Tagesbericht**

(Der Herr Minister über die Beziehungen Ungarns zur Kleinen Entente)

Vor allem einige Worte über die Verhandlungen zwischen Ungarn und den Staaten der Kleinen Entente, damit Sie in Anbetracht der zahlreichen falschen Gerüchte und der noch zahlreicheren unbegründeten Kombinationen ein klares Bild der Lage erhalten. Die Sache liegt viel einfacher, als überkluge Journalisten und Politikaster es darzustellen belieben. Mit der Frage einer Normalisierung der Beziehungen zwischen uns und den Staaten der Kleinen Entente befassen wir uns schon lange. Zum ersten, um die dauernd sehr gespannte Lage im Donaubecken etwas zu beruhigen und dann auch darum, weil von uns unabhängige Ereignisse dazu führten, daß diese Frage von anderer Seite zur Sprache gebracht wurde und wir zu derselben Stellung nehmen mußten. Ein solches Ereignis war die italienisch-französische Annäherung im Jahre 1935. Der Gegendienst Italiens für Frankreichs Mitwirkung in der abessinischen Frage sollte im Sinne eines Beschlusses der Stresakonferenz die Unterstützung der Annäherung der Donaustaaten durch Italien sein. Die Österreicher und wir wurden damals (Mai 1935) von der italienischen Regierung nach Venedig eingeladen, um dort mit Suvich die Frage der Annäherung der Donauvölker zu besprechen. Es handelte sich, wie erinnerlich, um Nichteinmischungs-, gegenseitige Unterstützungs- und Nichtangriffsverträge, über die ersteren kam es zu keiner endgültigen Einigung, da eine genaue Definition des Begriffs der Nichteinmischung nicht gefunden werden konnte; die Pakte zur gegenseitigen Unterstützung wies ich schon damals kategorisch zurück, auch solche mit Italien und Österreich, obwohl insbesondere der österreichische Vertreter, Baron Berger-Waldenegg, damals auf solche Pakte ein sehr großes Gewicht gelegt hatte. Mit einem Nichteinmischungspakt von kurzer Dauer erklärte ich mich grundsätzlich einverstanden, vorausgesetzt, daß wir spätestens bis zum 1. Januar 1936 die Gleichberechtigung in militaribus erhalten und das Los unserer Minderheiten entschieden gebessert wird. Die Österreicher und Italiener erkannten die Berechtigung unserer Forderungen vollständig an. Alle diese Pläne wurden später nach dem Zusammenbruch der italienisch-französischen freundschaftlichen Beziehungen gegenstandslos.

Die Frage der Regelung der Beziehungen zwischen den Donauländern kehrte aber wieder, hauptsächlich durch das Bestreben Deutschlands, Italiens und Polens, zwischen uns und der Kleinen Entente bessere, korrektere Beziehungen herzustellen. Ungarns Bereitwilligkeit war, wie schon oben bemerkt, hierzu immer vorhanden. Ich selbst habe in verschiedenen der Presse gegebenen Erklärungen und dann in betonter Weise in meiner im Mai 1936 gehaltenen Budgetrede unsere Bereitwilligkeit zu einer Normalisierung erklärt, vorausgesetzt, daß die militärische Gleichberechtigung anerkannt und die Minderheitenverträge pünktlich eingehalten werden. Im Mai dieses Jahres hob ich neuerlich unsere Bereitwilligkeit mit sehr eingehender Begründung hervor. Vorher hatte ich in Belgrad einen Versuch einer ungarisch-serbischen Annäherung gemacht. Mein Vorschlag, von Stojadinovic' zuerst geradezu mit Begeisterung aufgenommen, wurde später unter Hinweis darauf abgelehnt, daß die jugoslawische Regierung durch die Abkommen mit Bulgarien und Italien bei ihren Verbündeten derartig diskreditiert worden sei, daß sie ihr politisches Konto durch eine Sonderverständigung mit Ungarn nicht noch mehr belasten könne. Stojadinović hielt es sogar für notwendig, während Beneš' Aufenthaltes in Belgrad (März d. J.) diesen seinen unerschütterlichen Beschluß durch die Presse der Öffentlichkeit mitzuteilen. Trotz dieses recht unfreundlichen Verhaltens haben wir unsere volle Ruhe bewahrt und ich ließ Herrn Stojadinović bloß sagen, daß die Zeit zu einer ungarisch-serbischen Annäherung offenbar noch nicht reif sei, ich ihm aber gern zur Verfügung stehen würde, falls er später auf dieses Thema zurückkommen wollte. Herr Stojadinović hat aber kürzlich, und zwar im September d. J. in Sinaia, neuerlich festgestellt

und der Presse erklärt, daß er mit Ungarn ohne Zustimmung seiner Verbündeten der Kleinen Entente keinerlei Vereinbarungen treffen würde.

Wollten wir also überhaupt den Versuch einer ungarisch-serbischen Verständigung unternehmen, so bliebe nichts anderes übrig, als auch mit der Tschechoslowakei zu verhandeln. Dieser Versuch mußte aber unternommen werden, schon um unseren Friedenswillen zu bekunden, der ja hin und wieder selbst von Freunden Ungarns in Zweifel gezogen wurde und zweitens, um im Interesse unserer, besonders in Rumänien in einer außergewöhnlich schweren Lage sich befindenden Minderheiten etwas zu tun.

Anlaß zu den Verhandlungen, zu denen die Initiative von Prag und Bukarest ausging, gab die Frage der militärischen Gleichberechtigung, für die man von mir als Gegenleistung den Abschluß von Nichtangriffsverträgen mit den Staaten der Kleinen Entente verlangte. - Diesen Wunsch lehnte ich ab unter Hinweis darauf, daß ich mich, solange die drei Staaten ihre militärischen Konventionen gegen Ungarn aufrechterhalten, höchstens zur Abgabe einer im Geiste des Kellogg-Paktes gehaltenen Erklärung bereitfinden würde. In den Verhandlungen, die in Sinaia zwischen unserem Gesandten Bárdossy und den drei Ministern der Kleinen Entente Anfang September d. J. geführt wurden, übergab Bárdossy den genannten Herren einen Protokollentwurf, dessen Hauptpunkte die folgenden waren:

1. Anerkennung der militärischen Gleichberechtigung Ungarns durch die drei Staaten,
2. Abgabe einer Kellogg-Erklärung seitens Ungarns,
3. Abgabe einer ähnlichen Erklärung seitens der drei Staaten der Kleinen Entente,
4. Zusage der Staaten der Kleinen Entente, das Los der Ungarischen Minderheiten zu bessern.

In der zweiten Septemberhälfte wurden die Verhandlungen zwischen mir und den Vertretern der Kleinen Entente in Genf weitergeführt, blieben jedoch durch die Schwierigkeiten, die der rumänische Vertreter bereitete, ergebnislos.

Falls ein Übereinkommen zustande käme, so würde dies lediglich die Normalisierung der Beziehungen bedeuten, und keineswegs die Schaffung wirklich freundschaftlicher Beziehungen. Dafür bilden die territorialen Bestimmungen des Vertrags von Trianon ein unüberwindliches Hindernis. Dies habe ich in Genf den Vertretern der Kleinen Entente eindeutig zu verstehen gegeben. Mit der Kleinen Entente als Kollektiv verhandeln wir überhaupt nicht, sondern gesondert mit jedem der drei Staaten. Es würde also auch ein eventuelles Abkommen gesondert mit jedem der Staaten der Kleinen Entente abgeschlossen werden. Auch habe ich in Genf darüber keinen Zweifel gelassen, daß Handelsabkommen zwischen uns zwar auf bilateraler Grundlage getätigt werden können, einer handelspolitisch engen Kooperation aber unter allen Umständen die Regelung der zwischen uns schwebenden politischen Differenzen vorausgehen müßte.

Die Aussichten der Verhandlungen, die, wenn überhaupt, erst nach Abschluß der rumänischen Wahlen fortgesetzt werden können, sind sehr gering, hauptsächlich wegen der in Rumänien schon seit Jahren von der Regierung selbst betriebenen heftigen antiungarischen Agitation, dann auch darum, weil Jugoslawien, das selbst zu einer Einigung geneigt wäre, eine solche ohne seinen rumänischen Verbündeten nicht abschließen könne.

Zusammenfassend kann gesagt werden: Die Verhandlungen sind ein Versuch zur Entspannung, der im Interesse der ungarischen Minderheit unternommen werden mußte und ganz in der uns von Deutschland, Italien und Polen warm empfohlenen politischen Linie liegt. Das Endziel unserer Politik muß selbstverständlich immer vor Augen gehalten, unsere Politik aber bis zum Eintritt des entscheidenden Augenblicks den jeweiligen Verhältnissen angepaßt werden. Ungarns ernste Friedensabsichten können nicht häufig und nicht nachdrücklich genug zum Ausdruck gebracht werden, aber ebenso darf kein Zweifel darüber gelassen werden, daß eine Verständigung um jeden Preis durchaus nicht in unseren Absichten liegt und daß eine Einigung ohne Änderung der bisherigen Minderheitenpolitik der Staaten der Kleinen Entente unmöglich ist. Territoriale Fragen werden von uns derzeit nicht aufgeworfen und auch von der Gegenseite können Forderungen zur Anerkennung der jetzigen Grenzen nicht aufgestellt werden. Es erhellt aus dem Gesagten, daß die Lösung der Frage einer ungarisch-serbischen Annäherung und die eines ungarisch-rumänischen Modus vivendi (beides von Berlin gewünscht) von Verhältnissen abhängt, auf deren Entwicklung wir nur wenig Einfluß zu nehmen vermögen. Wir haben das Menschenmögliche getan, um in der genannten Richtung zu wirken; weitere Propositionen zu machen sind wir nicht in der Lage. Eine Erschwerung der Verhandlungen bedeutet die in Bukarest und Belgrad allgemein herrschende Meinung, daß sie sich einer weitgehenden Unterstützung Deutschlands erfreuen, und daher auf die ungarische Freundschaft nicht angewiesen sind. Ohne starken Druck von dritter Seite wird das erwähnte Ziel daher kaum erreicht werden können, um so weniger als Frankreich (Delbos' geplante Reise nach Polen und den Staaten der Kleinen Entente) ja alle Hebel ansetzt, um seine östlichen und südöstlichen Verbündeten fester an sich zu binden.

### ***B) Beilage zum Göring-Tagesbericht***

Die im allgemeinen in Ungarn herrschende deutschfreundliche Stimmung kann häufig nicht in Erscheinung treten, weil Ungarn von Deutschland nicht mit jener Rücksicht behandelt wird, die gerade deutschfreundliche Elemente mit Recht erwarten zu können glauben. Die Hauptgründe für diese mißliche Erscheinung scheinen uns die folgenden zu sein: Junge deutsche Agitatoren, die Ungarn besuchen, äußern sich sehr häufig in beleidigender Weise über unsere Verhältnisse, und stellen baldige Befreiung der hier lebenden deutschen Minderheit von der ungarischen Herrschaft in Aussicht. Zweitens: Die Fachpresse für Minderheiten in Deutschland schlägt einen äußerst unfreundlichen Ton gegen Ungarn an, gar nicht zu reden von der in den Staaten der Kleinen Entente erscheinenden deutschsprachigen Presse, die an Gehässigkeit Ungarn gegenüber alles bisher selbst von tschechischen und rumänischen Zeitungen geleistete weit überbietet. Alle diese Angriffe werden in der uns feindlichen Presse weidlich ausgenützt und durch eine rege Propaganda Nachrichten verbreitet, wonach die deutsch-ungarischen Beziehungen in der letzten Zeit sich wesentlich verschlechtert hätten, weil die alldeutsche Agitation in Ungarn immer größere Dimensionen annehme und Deutschland sich damit befasse, nicht nur Österreich, sondern auch Ungarn dem Reich einzuverleiben. Rumänen und Serben verkünden laut, daß die Ungarn von Deutschland keinerlei Hilfe erwarten können und auch von diplomatischer Seite ist mir gegenüber öfter der Versuch unternommen worden, die pangermanische Gefahr in besonders grellen Farben zu schildern. Amtliche Kreise sind gegen Beeinflussung durch solche Propaganda geschützt, aber der Mann auf der Straße ist natürlich weniger widerstandsfähig. Alle ungarnefeindlichen Auslassungen, die von deutscher Seite kommen, sind hier infolge des Interesses, das man den deutsch-ungarischen Beziehungen entgegenbringt, in allen Einzelheiten bekannt. Es fällt allgemein auf, daß Jugoslawien und Rumänien viel rücksichtsvoller behandelt und auch im Zusammenhange mit der Minderheitenfrage

niemals getadelt werden. Das große Interesse Deutschlands für diese beiden Länder ist ja tatsächlich allgemein bekannt, und ich frage mich häufig, ob es denn unbedingt notwendig ist, dieser Sympathie für Jugoslawien und Rumänien eine direkt ungarnefeindliche Spitze zu geben und dadurch das Rückgrat unserer Gegenspieler zu stärken. Ein Volk, das so viel verloren hat, wie das ungarische, ist in solchen Fragen naturgemäß sehr empfindlich und knüpft an ähnliche Erscheinungen weitgehende Folgerungen. Die deutsche Presse wettet gegen Ungarns Revisionswünsche, obwohl es ihr doch bekannt sein müßte, daß wir diese Frage schon seit zwei Jahren stark in den Hintergrund gedrängt haben. Deutschland wünscht von uns eine Annäherung an Jugoslawien und Rumänien, aber unsere hierauf gerichteten Bestrebungen stoßen dauernd auf Schwierigkeiten, die in erster Linie auf die Politik Deutschlands zurückzuführen sind, die in den zwei Ländern den Eindruck erweckt, als ob Deutschland für ungarische Interessen nicht das geringste übrig hätte. Es ist nicht zu leugnen, daß auch ein Teil der ungarischen Presse Deutschland gegenüber eine wenig freundschaftliche Haltung eingenommen hat, dies wird aber wesentlich gemildert durch den Umstand, daß die ganze rechtsstehende ungarische Presse sich immer für Deutschlands Interessen einsetzt und von links kommende Angriffe energisch zurückweist. In Deutschland dagegen schweigt sich die gesamte große Tagespresse über die gegen Ungarn gerichteten Angriffe gründlich aus. Wir rekriminieren nicht, sondern versuchen bloß Tatsachen festzustellen um daran die Bitte zu knüpfen, dafür zu sorgen, daß die Besorgnisse vieler sehr ernst zu nehmender Ungarn betreffend deutscher Eroberungsgelüste zerstreut werden, daß die Minderheitenpresse sich nicht so ungebärdig benehme und Ungarn in der deutschen Presse mindestens ebenso gut behandelt werde wie Jugoslawien und Rumänien. Wir können nicht verlangen, daß Deutschland sich für unsere Revisionsansprüche auch gegen Rumänien und Jugoslawien einsetze, hielten es aber für selbstverständlich, daß ein Land, dessen Politik so sehr von Revisionswünschen getragen wird, wie die deutsche, wenigstens nicht gegen diese ungarischen Revisionswünsche Stellung nehme.

Wir haben ausgezeichnete Beziehungen zur deutschen Regierung und unsere führenden Militärs zu der deutschen Heeresleitung und es würde uns zur Genugtuung gereichen, wenn ähnliche Verhältnisse zwischen uns und der NSDAP hergestellt werden könnten, was durch Honorierung unserer obigen, doch sehr bescheidenen Wünsche gewiß leicht erreicht werden könnte.

[Quelle: Allianz Hitler-Horthy-Mussolini. Dokumente zur ungarischen Aussenpolitik (1934-1944), Budapest 1966, S.151-160.]